ist veranschlagt auf 260 347 866 ℳ (gegen das laufende Jahr mehr 9 158 855 ℳ). Die Einnahmen übersteigen also die Ausgaben um 33 914 461 ℳ, und nachdem von letzterer Summe noch die einmaligen Ausgaben des Ordinariums im Betrage von 8 328 484 ℳ abgezogen sind, beläuft sich, nach der „Saalezeitung", der reine Ueberschuß auf 25 585 977 ℳ (mehr 4 832 169 ℳ gegen das laufende Jahr). Sonst ist noch mitzutheilen: An Personal fordert der Etat neu: a) bei der Centralverwaltung: 1 Director (Mehrausgabe 15 000 ℳ); 2 Geheime expedirende Secretaire, 1 Geheimen Registrator, 9 Bureau- und Rechnungsbeamte II. Classe und 1 Telegraphenmechaniker. b) bei den Oberpostdirectionen: 6 Posträthe (für Berlin, Düsseldorf, Königsberg, Liegnitz, Potsdam und Schwerin); 6 Postinspectoren (für Danzig, Dresden, Düsseldorf, Halle, Hamburg und Magdeburg); 23 Bureau- und Rechnungsbeamte erster Classe und Oberpostcassenbuchhalter, 1 Bausecretair, 50 Bureau- und Rechnungsbeamte zweiter Classe, 22 Kanzlisten und 50 Unterbeamte. c) bei den Post- und Telegraphenämtern: 8 Postdirectoren, 14 Postcassirer, 46 Obersecretaire (unter Einziehung von 46 Secretairstellen), 3 Postmeister, 1900 Assistenten und Oberassistenten (darunter 100 Stellen in Folge Umwandlung einer entsprechenden Anzahl von Secretairstellen); 3 Maschinisten, 11 Mechaniker, 7 Postverwalter; 2000 Unterbeamte im inneren Dienst (Briefträger und Postschaffner) und 800 Landbriefträger. Das Mindestgehalt der Landbriefträger soll von 650 ℳ auf 700 ℳ erhöht werden.

Y. **Berlin**, 7. November. (Telegramm.) Der **Kaiser** speiste gestern Abend bei dem Commandanten des kaiserlichen Hauptquartiers, Generallieutenant v. Plessen, wo auch sämmtliche Herren des Hauptquartiers zugegen waren, um vor der Abreise des Flügel-Adjutanten Majors v. Jacobi nach Rom noch einmal mit demselben vereinigt zu sein. — Heute früh unternahm der Kaiser einen Spazierritt in die Umgebung des Neuen Palais und hörte, von demselben zurückgekehrt, den Vortrag des Kriegsministers. Um 10 Uhr 10 Min. begab er sich nach Berlin und wohnte von 11 Uhr ab der Vereidigung der Recruten im Lustgarten bei. Von 12½ Uhr ab arbeitete er mit dem Chef des Militair-Cabinets. Um 1¼ Uhr fand im königl. Schlosse die Frühstückstafel statt, an welcher die Kaiserin theilnahm und zu der auch der Militair-Attaché der k. k. österreichisch-ungarischen Botschaft, Major Prinz Schönburg, geladen war. Nachmittags um 3 Uhr 25 Min. reiste der Kaiser vom Potsdamer Bahnhofe aus nach Piesdorf, der Besitzung des Hausministers von Wedel, zur Jagd.

Y. **Berlin**, 7. November. (Telegramm.) Die **Recrutenvereidigung** fand heute in Anwesenheit des Kaisers um 11 Uhr Vormittags statt. Die Vereidigung erfolgte brigadeweise. Nach derselben hielt der Kaiser eine Ansprache, in der er hervorhob, die Recruten, welche nunmehr durch den Eid der Armee angehörten und besonders der Ehre eingedenk sein sollten, der Garde anzugehören, sollten vor allen Dingen auf Gott vertrauen und auf die Wahrung der eigenen Ehre halten. Sie sollten zum Kaiser und zum Vaterlande stehen, sei es gegen einen äußeren oder gegen einen inneren Feind. Nach der Ansprache brachte General v. Winterfeldt ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus. Darauf folgte der Vorbeimarsch der Truppen und die Abbringung der Fahnen nach dem Schlosse. (Wiederholt.)

Y. **Berlin**, 7. November. (Telegramm.) Laut dem „Reichsanz." wurde dem General der Infanterie **von Blume**, Commandeur des XV. Armeecorps, das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub, dem General von Jena der Rothe Adler-Orden 1. Cl. mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, dem General-Lieutenant von Buch der Kronen-Orden 1. Cl. verliehen.

B. **Berlin**, 7. November. (Privattelegramm.) Die „Post" schreibt: Es ist anzunehmen, daß das **preußische Staatsministerium** sich in einer seiner letzten Sitzungen mit der Frage der Neugestaltung der **Militair-Strafproceßordnung** beschäftigt hat. Dies beweist nur, daß die Regierung gewillt ist, die Frage in dem vom Kriegsminister in der vorigen Reichstagssitzung ausgesprochenen Sinne zu berathen und der endgiltigen, befriedigenden Lösung näher zu bringen.

B. **Berlin**, 7. November. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Z." meldet: Zolldirector **Böder** und Lieutenant **v. Döring** kehren demnächst nach Togo zurück. Der Erstere übernimmt provisorisch die Leitung der Geschäfte der Landeshauptmannschaft, da Landeshauptmann Köhler auf Urlaub nach Europa geht. Lieutenant v. Döring übernimmt die Führung einer Expedition, welche die Aufgabe hat, das Terrain für den Bau einer Eisenbahn zu sondiren.

□ **Berlin**, 7. November. (Privattelegramm.) Der nächste **deutsche Gastwirthstag** wird vom 9. bis 11. Juni in Hamburg abgehalten. Auf demselben wird über die Errichtung einer Wittwen-Unterstützungscasse innerhalb des deutschen Gastwirths-Verbandes berathen werden. (Wiederholt.)

— Einen merkwürdigen neuen Berliner Correspondenten scheint sich in jüngster Zeit der „Frankfurter General-Anzeiger" angeschafft zu haben. Dieser Herr kündigt nämlich dem genannten Organ an, daß Graf Herbert Bismarck vom 1. Januar ab die Leitung der „Kreuzzeitung" übernehmen solle, und fügt hinzu: „Man hofft wohl dadurch, das stark gesunkene Ansehen des einst so mächtigen Blattes wieder ins Steigen zu bringen und eine Art Neuauflage der Declarantenzeit heraufzuführen." Größerer Unsinn ist wohl selten geschrieben worden. Vielleicht unterrichtet der „Frkf. Gen.-Anz." einmal seinen Berliner Berichterstatter über die Declarantenzeit.

— Mit Bezug auf die angeblichen Aeußerungen des Staatsministers v. Boetticher zu einem Vertreter eines hiesigen Blattes über das Zustandekommen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes schreibt Herr v. Kardorff an die „Berl. Neuest. Nachr.":

„Dem betreffenden Berichterstatter und ebenso dem Herrn Minister (?) ist wahrscheinlich unbekannt, daß einer oder der andere Abgeordnete vor jener Abstimmung (über das bezeichnete Gesetz, im Jahre 1889) sich verpflichtet hielt, dem Fürsten Bismarck mitzutheilen, daß er gegen das Gesetz stimmen zu müssen glaube, weil er, obschon mit der Tendenz einverstanden, doch eine ganze Reihe von Einzelbestimmungen für so mangelhaft durchgearbeitet erachte, daß eine nochmalige Durchberathung des ganzen Gesetzes sehr erwünscht erschiene. Diesen Bedenken gegenüber mochte Fürst Bismarck geltend, daß Fehler des Gesetzes sich auch später beseitigen ließen, daß seine Ablehnung aber ein politischer Act von großer Tragweite sei. Die Stellung des Ministers v. Boetticher, der das volle Vertrauen des Kaisers besitze, der durch sein großes Talent, mit dem Bundesrath zu verhandeln, und durch seine hervorragende Arbeitskraft ihm im Augenblicke ein sehr werthvoller Mitarbeiter sei, würde durch die Ablehnung so erschüttert werden, daß er kaum glaube, ihn dann noch halten zu können. Herrn v. Boetticher's Abgang bedeute aber eine Erschwerung des Verkehrs des Kaisers mit ihm, dem Reichskanzler, und so wenig er auf die gehaßten Entschließungen von Abgeordneten irgend welche Einwirkung ausüben wolle, so hätte er seine persönlichen Freunde doch, diejenigen Folgen erwägen zu wollen, welche das Ausscheiden des Ministers v. Boetticher nach sich ziehen könne."

— Die „Post" berichtet: „Aus der socialdemokratischen Parteicasse hat der Reichstagsabgeordnete Ewald Bogtherr eine Zuwendung von 4500 ℳ als Darlehen erhalten, für welches ein begütertes Mitglied der freireligiösen Gemeinde, deren Sprecher Herr Bogtherr ist, die Bürgschaft übernommen hat. Bekanntlich hat Bogtherr seine beiden großen Eisenwaaren-Geschäfte in der Stephanstraße und in der Langenstraße wegen schlechten Geschäftsganges aufgegeben, und jedenfalls ist ihm mit den „Arbeitergroschen" zu Hilfe gekommen, um einen Concurs abzuwenden. Wie die „Post" schon früher gemeldet, betreibt Bogtherr jetzt in der Beusselstraße einen Petroleum-Handel".

— Im Berliner **Asyl-Verein für Obdachlose** nächtigten im October: im Männer-Asyl 9601 Personen, im Frauen-Asyl 1168 Personen.

* **Danzig**, 6. November. Nach den „B. N. N." verlautet, daß die Genehmigung zur Anlegung eines Freibezirks im Hafen Neufahrwasser durch den Bundesrath erfolgt ist, und zwar habe derselbe unter dem 24. October seine Zustimmung ertheilt.

* **Kiel**, 7. November. (Telegramm.) Der russische Kreuzer „Grosjatschij" ist, von Kronstadt kommend, hier eingelaufen. Er geht durch den Kaiser Wilhelm-Canal nach der Nordsee.

* **Dortmund**, 7. November. (Telegramm.) Der Reichstagsabgeordnete Dr. Lütgenau, Redacteur der socialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung", wurde wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den Abdruck des Artikels: „Wieder eine Kaiserrede" von der hiesigen Strafkammer zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt.

* **Breslau**, 7. November. (Telegramm.) Emil Renkirch, früherer Redacteur der socialdemokratischen „Volkswacht", wurde wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel vom 31. März gefunden, der sich mit der Verhandlung einer Beleidigungsklage in Leipzig beschäftigte. (Voss. Z.)

* **Beuthen**, 6. November. Bezüglich der Landtags-Ersatzwahl in Neustadt-Falkenberg theilt der „Katholik" mit, daß Bauerngutsbesitzer Strzoda in der Comitésitzung zu Friedland selbst für die Candidatur Huene gestimmt habe; von seiner Gegen-Candidatur könne daher keine Rede sein.

* **Nürnberg**, 6. November. Wie lässig die Bestimmungen über die Invaliditäts- und Altersversicherung beachtet werden, geht daraus hervor, daß bei der jetzt hier vorgenommenen Revision der Quittungskarten nicht weniger als 52 614 Marken zu wenig aufgeklebt waren, die einen Werth von 11 823 ℳ ausmachen. Seit dem Bestehen des Gesetzes wurden hier 83 111 Karten geprüft, wobei 192 614 Marken zu wenig aufgeklebt waren. Wie mag es nun auf dem platten Lande aussehen, wo die Controle weniger scharf ist?

* **Frankfurt a. M.**, 6. November. Am Sonntag gründete der Evangelische Arbeiterverein eine „Wohnungsgenossenschaft mit beschränkter Haftung. Außer einer Einschreibgebühr von 1 ℳ hat jeder Genossenschafter als erste Rate seines im Ganzen auf 100 ℳ übernommenen Antheils 20 ℳ sofort einzuzahlen. Die Haftbarkeit ist auf den Betrag der Genossenschaftsantheile beschränkt. Mehr als zehn Genossenschaftsantheile sind ohne Genehmigung der Hauptversammlung keinem Mitglied zu gewähren. Der nach Einzahlung von 20 ℳ verbleibende Rest des Antheils mit 80 ℳ ist in der Weise allmählich nachzuzahlen, daß jeder Genosse verpflichtet ist, wöchentlich wenigstens 50 ₰ bis zur Vollzahlung seines Antheils einzuschießen. Zur Verstärkung der Betriebsmittel werden nach Beschluß des Aufsichtsrathes Spareinlagen und je nach dem Umfang der Geschäfte auch größere Anlehen bei dritten Personen aufgenommen. Die Genossenschaft wird zunächst, und zwar hofft man bereits im nächsten Frühjahr damit zu beginnen, geeignete Miethswohnungen miethen; sie geht dann mit steigenden Betriebsmitteln zum Erwerb oder Bau von zweckmäßig eingetheilten Häusern über. Eine Reihe von Paragraphen regelt die gesammte Geschäftsordnung bis in die kleinsten Details und enthält auch sehr ausführliche Bestimmungen über den Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft. In der Versammlung wurde mitgetheilt, daß 32 Genossen ihre Gründerantheile bereits eingezahlt hätten, eine Reihe weiterer Anmeldungen liege vor, und es sei zu hoffen, daß von den 700 Mitgliedern des Evangelischen Arbeitervereins noch eine ganze Anzahl beitreten werde. (Frankf. Ztg.)

* **Mülhausen i. Els.**, 6. November. Seit vorgestern befinden sich, dem „Vorwärts" zufolge, auch die letzten zwei von den wegen Mitwisserschaft an dem Morde des Fabrikanten Schwartz Verhafteten auf freiem Fuße. — Der Aufseher Vincenz Binder wurde wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 6. November. Im Falle der Wiederwahl Dr. Lueger's zum Bürgermeister beabsichtigt die Regierung die Auflösung des Gemeinderaths.

* **Wien**, 7. November. (Telegramm.) Im antisemitischen Deutschen Verein erklärten gestern die Abgeordneten Polzhofer und Pacher, die Partei werde Lueger bei jeder Neuwahl unausgesetzt wiederwählen. Das Organ Lueger's behauptet, Banffy habe während seines letzten Hierseins beim Kaiser die Nichtbestätigung durchgesetzt. Dem gegenüber steht die gestern politischen Freunden abgegebene Erklärung Badeni's, seitens Ungarns sei absolut keine Einmischung geschehen. Dasselbe Blatt behauptet, der Ministerrath habe den Beschluß der Nichtbestätigung mit 4 gegen 3 Stimmen gefaßt. Die Neuwahl des Bürgermeisters erfolgt wahrscheinlich nächsten Dienstag oder Donnerstag. (Mgdb. Ztg.)

* **Wien**, 7. November. (Telegramm.) Die „Presse" bemerkt in einer Besprechung über die Nichtbestätigung Dr. Lueger's zum Bürgermeister: Lueger besitze weder Unparteilichkeit, noch Objectivität, weder Ruhe, noch Besonnenheit. Er sei ein prononcirter Parteimann und als Sieger aus einem zügellosen Wahlkampfe, den selbst entfacht zu haben er sich rühme, hervorgegangen. Das Schicksal des Gemeinderaths beruhe nunmehr darauf, welche Stellung seine Mehrheit jetzt einnehmen werde. (Wiederholt.)

* **Wien**, 7. November. (Telegramm.) Das „Vaterland" bespricht die Nichtbestätigung der Wahl Lueger's und sagt, die Entscheidung habe mit Parteianschauungen nichts zu thun, speciell von einem Uebergreifen ungarischer Tendenzen in die diesseitige Sphäre könne keine Rede sein. Das Blatt warnt davor, durch Demonstrationen, welche ihren Zweck vollkommen verfehlen würden, gegen die gefallene Entscheidung anzukämpfen. — Die „Neue Freie Presse" sagt, die Zukunft Wiens sei auf lange hinaus noch von trüben Wolken verhängt. Aber selbst wenn für den Frieden Wiens gar nichts erreicht sein sollte, für die Regierung werde etwas erreicht sein: man werde wieder lernen, das Ministerium zu respectiren. Es würde sanguinisch sein, jetzt schon zu erklären, das Ministerium Badeni sei eine gute Regierung, aber Jedermann habe die Empfindung, daß es eine Regierung ist. — Die „Deutsche Zeitung" und die „Ostdeutsche Rundschau" machen in scharf gehaltenen Artikeln das Ministerium für die getroffene Entscheidung und deren Folgen verantwortlich. — Das „Deutsche Volksblatt" bezeichnet es als gewiß, daß die Majorität des Gemeinderaths sich durch nichts in ihrer Pflicht, an Lueger festzuhalten, irre machen lasse. Die Partei werde den Weg gehen, auf dem man sie weise, und den Kampf aufnehmen.

* **Wien**, 7. November. (Telegramm.) Es wird auch daran erinnert, daß Lueger im Parlament gegenüber der Armee den Ausdruck „Rothschildarmee" gebrauchte, was damals in den höchsten Kreisen großen Unmuth erregte. Sehr bemerkenswerth ist auch die Stellungnahme des klerikalen „Vaterland" gegen Lueger. Das Blatt wendet sich gegen die Behauptung vom Einflusse Ungarns, sowie irgend einer Partei. Die Entscheidung gelte nur der Persönlichkeit Lueger's, jeder Andere aus der antisemitischen Gemeinderathsmehrheit hätte die kaiserliche Bestätigung erhalten. Das „Vaterl." weist dann auf das herausfordernde Auftreten Lueger's nicht nur während des Wahlkampfes, sondern auch danach hin, sowie darauf, daß er auch als Bürgermeister Parteiführer bleiben wollte. Die Darlegungen des „Vaterland" lassen erkennen, daß der gemäßigte Flügel des Hohenwartclubs der Regierung keine Opposition machen wird. (Voss. Ztg.)

* **Pest**, 7. November. (Telegramm.) Ein Theil der Presse weist die Zumuthung zurück, Ungarns Einmischung habe die Bestätigung Lueger's verhindert. Dr. Lueger sei eine groteske Persönlichkeit, aber wenn er den Wienern recht sei, so habe Ungarn nichts dagegen. Es wird darauf verwiesen, daß die Feinde der österreichisch-ungarischen Gemeinsamkeit, namentlich Franz Kossuth, in Zeitungsartikeln dafür eingetreten seien, Lueger solle die Bestätigung erhalten. Die Mehrzahl der Blätter behandelt den Fall Lueger nicht einmal im politischen Theile, sondern verzeichnet die Thatsachen ohne Bemerkung. Auch von der Regierung wird entschieden dagegen protestirt, daß Baron Banffy in eine Wiener Angelegenheit sich eingemengt hätte. Nur darauf legt man Gewicht, daß der Monarch nun in der anderen Reichshälfte offen kund gegeben hat, die Hetze gegen das liberale Ungarn mache zur Ausübung einer amtlichen Function unfähig und habe weder auf offene noch geheime Duldung durch die Krone zu rechnen. (Voss. Ztg.)

* **Pest**, 6. November. In der Abend-Conferenz der liberalen Partei dankte Podmanicki dem abtretenden Ackerbauminister Grafen Festetitsch für seine hingebungsvolle Thätigkeit und begrüßte den neuernannten Minister Daranyi. Die Partei nahm die Paragraphen des Gesetzentwurfs für die freie Religionsübung, soweit sie dieselben nicht bereits früher erledigt hatte, in der Fassung des Magnatenhauses an. Der Unterrichtsminister Wlassics dankte der Partei für die Anregung und die Durchführung der kirchenpolitischen Vorlagen. Mit begeisterten Eljenrufen wurde ihm gedankt.

Frankreich.

* **Paris**, 6. November. Die Socialisten erklären in den Couloirs, gegen Rességuier sei gesetzlich nichts zu machen; hoffentlich werde er der Pression der Regierung doch noch nachgeben, sonst werden die Socialisten einfach fortfahren, die Streikenden mit Geld zu unterstützen. Auch werden mehrere Gemeinderäthe Geldunterstützungen votiren, welche Boten die Regierung nicht, wie sonst üblich, annulliren wird. Hingegen wird die Regierung die Truppen aus Carmaux nicht zurückziehen. Der Minister des Inneren sandte den Chef der Pariser Geheimpolizei nach Carmaux, um eine Untersuchung der vertigen Lage zu veranstalten, die von den letzten Nachrichten als gespannt geschildert wird.

* **Paris**, 7. November (Telegramm.) Unter dem Verdachte, Papiere, welche die Landesvertheidigung betreffen, dem Auslande verkauft zu haben, wurde in einer Stadt im Südwesten Frankreichs eine Persönlichkeit verhaftet, die mit hiesigen Vermittlern von Documentenkäufen in reger Verbindung gestanden hat. Zahlreiche Verhaftungen stehen noch hier bevor. (B. L.-A.)

Großbritannien.

* **London**, 7. November. (Telegramm.) In seiner, wie gemeldet, gestern in Derby gehaltenen Rede führte der Unterstaatssecretair Curzon aus, daß nach einer längeren Windstille verschiedene auswärtige Fragen abermals ihr Haupt über den Horizont erhöben. Die Welt sei unruhig und es lägen beunruhigende Symptome vor; man höre das Stöhnen der kranken Nationen auf ihren Lagern und sehe den Todeskampf sterbender Männer. Dieser Zustand dürfte sich eher weiter entwickeln, als abnehmen. Mit der Zunahme des Bedürfnisses nach neuen Schutzgebieten vermehrten sich die Berührungs- und Reibungspuncte zwischen den wetteifernden Völkern; dies müsse jedoch nicht nothwendiger Weise die Gefahren eines Krieges erhöhen; der Krieg werde von Jahr zu Jahr weniger volksthümlich und die eifrig betriebenen Rüstungen deuteten, obwohl sie nach einer Seite geführlich seien, eher auf Frieden als auf Krieg hin. (Ausf. wiederholt.)

Rußland.

* **Petersburg**, 7. November. (Telegramm.) Eine Depesche der „Nowoje Wremja" meldet aus Wladiwostok: Das Kriegsschiff „Jakut" welches den russischen Robbenfang im Ochotskischen Meere beschützt, überraschte auf der Seehundinsel 17 ausländische Robbenfänger mit einer Menge todter Robben. Ein Robbenfänger und ein Schiffer entkamen.

Orient.

* **Konstantinopel**, 7. November. (Telegramm.) Amtlich werden folgende Ernennungen bekannt gegeben: Der ehemalige Botschafter in Wien Aarifi wurde zum Minister ohne Portefeuille, der bisherige Gouverneur von Adrianopel Abdurrhaman Pascha zum Justizminister, der bisherige Gesandte in Berlin Tewfik Pascha zum Minister des Auswärtigen ernannt. Memduh Pascha, seither Gouverneur von Angora, ist zum Minister des Innern, der frühere Gouverneur von Kreta, Mahmud zum Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, der Chef des allgemeinen Rechnungswesens Sabri Bey zum Finanzminister und der Minister des Auswärtigen Said Pascha zum Präsidenten des Staatsraths ernannt. Die bisherigen Minister für Krieg, Marine und Unterricht, ferner der Chef der Artillerie und der Intendant der Ersatz verbleiben in ihren Stellungen.

* **Konstantinopel**, 7. November. (Telegramm.) Infolge der Ausdehnung des Conflictes zwischen Muhamedanern und Armeniern sind die Redifdivisionen in Erzerum, Trapezunt und Diarbekr in Mobilmachung begriffen, wodurch der Mannschaftsstand des 4. Corpsbereichs mit Hinzurechnung der Nizamdivisionen in Erzerum und Bitlis auf rund 60 000 Mann erhöht wird. Ebenso wurden im 5. Corpsbereiche (der Stab liegt in Damaskus, dessen nördlicher Theil gleichfalls von der Bewegung ergriffen ist), die Redifdivision in Aleppo, welche heuer eine wohlgelungene Probe der Mobilmachung durchführte, und die Brigade in Marasch einberufen.

* **Konstantinopel**, 7. November. (Telegramm.) Der heutige Ministerrath wird über weitere Maßnahmen berathen, welche zur Einstellung der Bekämpfung zwischen den Armeniern und Muhamedanern zu ergreifen sind. — Derj Minister des Innern Halil Rifat, ist zum Großvezier ernannt worden. (Wdrholt.)

* **London**, 7. November. (Telegramm.) Der „Standard" meldet aus **Konstantinopel** vom 5. November: Die Botschafter hielten gestern eine neue Sitzung. Es verlautet, man stände am Vorabende eines entschiedenen europäischen Vorgehens. Am letzten Freitag sollte eine große moslemitische Kundgebung stattfinden, aber der Sultan, der die Folgen fürchtete, ließ die türkischen Zeitungen von seiner Absicht verständigen, eine Verfassung zu verkündigen. Als dies bekannt wurde, wurde die Kundgebung abbestellt. Später wurde jedoch von der Verfassungsverkündigung Abstand genommen und zur Vornahme von Verhaftungen geschritten. Gestern Abend machte die Polizei eine Razzia im türkischen Viertel „Tewfik Pascha". Es wurde ihr Widerstand geleistet; viele Menschen verloren ihr Leben. Heute wurden wieder in der ganzen Stadt, selbst an der Pforte revolutionaire Plakate angeschlagen. Auf dem Tische des Sultans wurde angeblich ein Brief vorgefunden, der ihm aufgiebt, binnen zehn Tagen abzudanken, widrigenfalls er ermordet werden würde. Auf den Botschaften laufen aus allen Richtungen Meldungen über Massenmetzeleien ein. Die Opfer umfassen jetzt noch Griechen und Maroniten. Es greift die Meinung Platz, selbst in diplomatischen Kreisen, daß der Sultan die Ausrottung der armenischen Rasse anbefohlen habe. Die Aufregung erstreckt sich jetzt auch auf Syrien, Bagdad und Mosul. — Die „Daily News" empfingen eine ähnliche Konstantinopeler Drahtmeldung, die mit den Worten beginnt: „Die Lage wird täglich ernster und gefährlicher. „Standard" und „Daily News" dringen auf sofortiges gemeinsames Einschreiten der Großmächte, um den gegenwärtigen Zuständen in der Türkei ein schleuniges Ende zu setzen. Es verlautet, der gestrige englische Ministerrath beschloß gegenüber den Ereignissen in der Türkei nur im Einvernehmen mit den übrigen Mächten zu handeln. Lord Salisbury's Rede auf dem Lordmayorsbankett am Sonnabend Abend werde wichtige Aufschlüsse über Englands auswärtige Politik liefern. (Voss. Ztg.)

* **Belgrad**, 6. November. Aus Anlaß des letzten Ministerraths in Nisch äußerte der König seinen Unwillen wegen der Verzögerung in der Erledigung der Finanzfrage. Der Finanzminister gab als Grund das Mißtrauen der Gläubiger gegenüber der serbischen Regierung an. — Gegen einen katholischen Missionar in Nisch wird bei dem Cultusminister Beschwerde geführt, weil er den orthodoxen Glauben durch seine Predigten verletze. Der Metropolit verlangt eine Untersuchung.

* **Belgrad**, 7. November. (Telegramm.) Der Archimandrit Palgic ist wegen seiner Broschüre „Die Todtengräber Serbiens" zu zwölfjährigem Kerker verurtheilt worden. (Mgdb. Ztg.)

Asien.

* Wie man der „Pol. Corr." aus Petersburg 6. November meldet, stößt, den letzten Nachrichten aus Centralasien zufolge, die chinesische Regierung bei ihren Bemühungen zur Niederwerfung des Dunganen-Aufstandes auf sehr große Schwierigkeiten. Die Insurrection habe in der letzten Zeit neuerlich an Umfang zugenommen und erstrecke sich nunmehr auf die ganze Provinz Kansu. Das bisher zur Unterdrückung des Aufstandes entsendete Truppencontingent von 4000 Mann erweise sich als ungenügend, zumal da die Truppen schlecht bewaffnet sind. Die Regierung habe in Folge dessen Verstärkungen nach dem Aufstandsgebiete beordert und mit der Pacificirung des letzteren Li-Hung-Tschang betraut, dessen Befehlen der bisherige Commandant der gegen die Dunganen entsandten Truppen, Dun, unterstellt wurde.

* **London**, 7. November. (Telegramm.) Der britische Delegirte der Pamir-Commission, Oberst Gerard, erklärte einem Vertreter der Presse, daß er seitens der russischen Officiere eine überaus freundliche Aufnahme gefunden habe. Eine große Streitmacht im Pamir-Gebiete zu halten, würde unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Gerard glaubt nicht, daß Rußland jetzt irgend einen Zweck haben könne, sich Indien zu nähern, dafür scheine es den Engländern zu wohlgesinnt (?), Rußland vermindere eher seine Garnisonen in Turkestan. Selbst wenn die britischen Interessen mit den russischen collidiren würden, könne Rußland, obgleich es natürlich seine Occupation Turkestans zu befestigen suchen dürfte, Angesichts der Terrainschwierigkeiten nicht hoffen, das Pamir-Plateau erfolgreich zu überschreiten. Alles deute darauf hin, daß die russischen Pläne daselbst vornehmlich commerzieller (?) Natur seien.

Afrika.

* **London**, 7. November. (Telegramm.) Die „Times" melden aus Capstadt: Um die Eingeborenen zur Arbeit anzuhalten, lassen die Deutschen in Damaraland von den Häuptlingen Aushebungen vornehmen. Die Ausgehobenen werden eine Zeit lang als Soldaten ausgebildet und später beim Straßenbau und anderen öffentlichen Arbeiten beschäftigt. Witboi soll die Deutschen aufrichtig unterstützen. (Wiederholt.)

Aus der Landeskirche.

Im Hinblick auf die für den 12. d. M. angesetzte Einberufung des Landtages hat das evangelisch-lutherische Landesconsistorium eine Verordnung ergehen lassen, wonach Sonntag, den 10. d. M., in allen Kirchen Gottes Gnade für ein gedeihliches Wirken der Landstände angerufen und nach der Predigt an Stelle des gewöhnlichen Kirchengebetes ein besonderes Gebet verlesen werden soll. Aber auch während der Dauer des Landtages ist ein solches Gebet den allgemeinen Kirchengebet nach der Fürbitte für das Königshaus einzufügen. Die bezüglichen Gebete sind der Landesgeistlichkeit zugestellt worden.

— Das Vermögen des allgemeinen Kirchenfonds besteht zur Zeit aus 226 000 ℳ Staatspapieren in Nennwerth, 125 000 ℳ 3½proc. Hypotheken und einer 4proc. Darlehnsforderung von 45 000 ℳ. Dem Fonds sind seit April d. J. niederum 26 294 ℳ 90 ₰ zugeflossen und letzteren an Unterstützungen an Kirchengemeinden 4799 ℳ 38 ₰ gewährt worden. Aus der Stiftung unseres früheren Mitbürgers A. W. Felix, welche mit dem vorgedachten Fonds gleichzeitig beim Consistorium verwaltet wird, wurden an Zulagen für Geistliche und Unterstützungen für Kirchengemeinden zusammen 1125 ℳ bewilligt.

— Die durch den Bau der Zittau-Oybiner Eisenbahn neuentstandene Colonie „Bahnhof Bertsdorf" ist, da dieselbe im Olbersdorfer Gutsbezirk liegt, aus Zweckmäßigkeitsgründen aus Zittau ausgepfarrt und der Parochie Olbersdorf zugewiesen worden.

— Mit Genehmigung des Landesconsistoriums ist in Leubnitz bei Dresden ein neues Diakonat begründet worden, welches der Collator des Stadtrathes zu Dresden unterstellt und vorläufig von dem Predigtamtscandidaten Knospe aus Niederlößnitz vicarisch verwaltet wird.

Erledigte geistliche Stellen:

1) Collatur des Consistoriums: Pfarramt Reinhardtsdorf (Pirna) — Cl. V — Seelenzahl der Parochie: 3600; Pfarramt Gablenz mit Waldsachsen (Werdau) — Cl. II — Seelenzahl von Gablenz: 825 und des in der Exhorrie Glauchau gelegenen Filials Waldsachsen: 432; Pfarramt Krögis (Meißen) — Cl. VI — Seelenzahl: 1311 in elf eingepfarrten Ortschaften; Pfarramt Wiedersberg (Oelsnitz i. V.) — Cl. I — Seelenzahl: 835; Pfarramt Sachsgrün (Oelsnitz i. V.) — Cl. I — Seelenzahl: 815; 2) Privatcollatur: das Diakonat von St. Marcus zu Chemnitz — Cl. II — Collator: der dortige Stadtrath. Seelenzahl der Parochie: circa 20 000.

Vermischtes.

— **Halberstadt**, 6. November. Zu dem am 7. und 8. December stattfindenden 350jährigen Jubiläum des Real-Gymnasiums sind nicht nur aus der Provinz, sondern auch aus allen Theilen des deutschen Reiches so zahlreiche Anmeldungen früherer Schüler eingegangen, daß ein starker Besuch des Festes sicher ist. Trotzdem die Einladungen bis jetzt an etwa 1000 auswärtige frühere Schüler versandt worden sind, ist doch noch manche Adresse nicht zu ermitteln gewesen; es werden deshalb alle diejenigen früheren Schüler, die noch keine Einladung erhalten haben, hierdurch dringend gebeten, gleichviel, ob sie das Fest mitmachen können oder nicht, ihre Adressen an den Schriftführer des Festausschusses, Redacteur M. Fessel in Halberstadt, recht bald einsenden zu wollen. Die bis jetzt von dem Festausschusse getroffenen Vorbereitungen lassen ein schönes Gelingen des Festes erhoffen.

— **Seehausen** (Altmark), 6. November. 15 Thaler gleich 8000 Mark. Eine für die hiesige Stadtgemeinde wichtige Entdeckung hat Herr Bürgermeister Scholz gemacht. Auf dem Gute des gegenwärtigen Besitzers Fritz Neubauer in Schönberg bei Seehausen in der Altmark stehen im Grundbuche „15 Thaler zahlbar jährlich für die Stadtgemeinde Schippenbeil" (Regierungsbezirk Königsberg) seit dem Jahre 1816 eingetragen. Anscheinend aus Versehen ist die Zahlung dieser Reallast vor langer Zeit eingestellt und im Etat nicht weiter geführt worden, und es werden nunmehr, da das 132 Hektar große Gut am 25. November zur Versteigerung gelangt, mit allem Eifer die erforderlichen Schritte zur Erlangung der jetzt auf etwa 8000 Mark angelaufenen Grundbuchschulden gethan. Die Stadtverordnetenversammlung von Schippenbeil hat daher in ihrer letzten Sitzung beschlossen, diese Angelegenheit einem Anwalt des Amtsgerichtsbezirks Seehausen zu übertragen.